

Das glaubt der DGB doch selber nicht!

„Laden die örtlichen Gewerkschaften CDU-Vertreter zu Diskussionen ein, dann ist die Teilnahme selbstverständlich. Dann können wir unseren Standpunkt klarmachen. Wird der Union die Darstellung ihrer Position verwehrt, beteiligen wir uns nicht. Eine große Volkspartei wie die CDU hat es nicht nötig, sich von oben beschimpfen zu lassen!“

Generalsekretär
Heiner Geißler

- Das sind die Methoden der DGB-Funktionäre, um die Bürger aufzuwiegeln: Sie reden von „über 4 Millionen Arbeitslosen“, obwohl sie wissen, daß die Bundesanstalt für Arbeit im August 1985 eine Arbeitslosenzahl von 2,2 Millionen festgestellt hat. So sieht es mit allen Behauptungen aus, die der DGB aufstellt. Und seine Beweise sind so abenteuerlich, daß man nur noch sagen kann: Das glaubt der DGB doch selber nicht!
■ Mit Verdrehungen, Auslassungen und Unterstellungen betreibt der DGB die Vorbereitung seiner sogenannten Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober: Vorwahlkampf für die SPD. Seite 2
- Gezielt organisiert der DGB sein Pressewesen um: für eine großangelegte Schützenhilfe zugunsten der SPD auch im Bundestagswahlkampf? Seite 4
- Im Sinne der gescheiterten Arbeitsmarktpolitik der SPD fordert der DGB neue Beschäftigungsprogramme ohne Rücksicht darauf, daß die SPD bereits 50 Milliarden DM für nichts zum Fenster hinausgeworfen hat. Seite 6
- Gegen jedes Zugeständnis in Sachen Arbeitszeit und Bezahlung sträuben sich die Funktionäre von DGB und SPD. 83 Prozent aller befragten Arbeitnehmer sehen es anders. Seite 9
- Die CDU antwortet auf die zentralen Vorwürfe des DGB. Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Zehnmal greifen wir den „DGB-Vorwurf“ auf und geben zehnmal „Unsere Antwort“. CDU-Dokumentation (Grüner Teil)
- Wir haben in den vergangenen drei Jahren bewiesen, daß wir etwas von Wirtschaft verstehen und mit Geld umgehen können — was man von den DGB-Genossen nicht sagen kann. Siehe Neue Heimat. Seite 11
- Keine Bundesregierung hat bisher so viel Geld für Soziales ausgegeben wie diese. Im nächsten Jahr sind es 86,3 Milliarden DM. Das heißt: Jede dritte Mark. Seite 14
- Was sollen wir tun, wenn der DGB seine Aktionswoche überall im Lande durchführt? Die CDU-Verbände haben die Möglichkeit, auf falsche Behauptungen die richtige Antwort zu geben. Die Materialien dafür stehen Ihnen zur Verfügung: So können wir dem DGB antworten. Seite 16

Vorwahlkampf für die SPD

In welcher Zeit und in welchem Land leben eigentlich manche Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes?

Im April 1985 stellte IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss fest:

Unsere Gegner haben ihre Lektion gelernt... Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien, der Justiz und dem Militär ... Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zum Faschismus führten, bestehen fort.

Im Juli 1985 meinte der Zweite Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hensch:

Hat nicht jedermann hierzulande Beifall geklatscht, als in Polen die Gewerkschaftsfreiheit auf dem Prüfstand war? Dieselben Freiheiten sollen uns hier jedoch Stück für Stück genommen werden — ohne daß wir uns wehren? Wenn der Gedanke der Notwehr einen Sinn hat, so trifft er auf die derzeitige Lage.

Glauben und meinen diese DGB-Funktionäre wirklich, was sie da sagen und schreiben?

Noch vor wenigen Wochen haben sich zum ersten Mal seit acht Jahren die Arbeitgeberverbände, der DGB und die Bundesregierung an einen Tisch gesetzt, um gemeinsam über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu sprechen. Und die Gespräche sollen weitergehen; gemeinsame Arbeitsgruppen sind eingesetzt worden. Denn eines ist klar: die Regierung kann nicht alleine, sondern nur mit den Tarifpartnern zusammen mittelfristig mehr Beschäftigung erreichen.

Und nun hat der DGB zu einer Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober 1985 auf-

gerufen: Arbeit für alle, Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit sind die Parolen des DGB. Das wollen auch wir. Wozu also Demonstrationen gegen die Bundesregierung? Durch Demonstrationen ist noch nirgendwo ein Arbeitsplatz geschaffen worden, eher durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten in der Wirtschaft.

In welchem Land lebt der DGB eigentlich? Im Juli schrieb die englische Zeitung Daily Mail vom neuen deutschen Wunder: Es lohne sich, wieder in Deutschland zu investieren, weil die Preise stabil seien und die Wirtschaft wieder wachse. Richtig. Und man könnte hinzufügen: Die Zinsen sind gesunken, die Renten sind stabil, der Marsch in die Arbeitslosigkeit ist gestoppt — doch der DGB ruft zum Marsch gegen diese Bundesregierung auf — denn das ist der politische Kern der Herbstaktion. Warum also?

Schluß mit der Politik für wenige! meint der DGB. Wie sehen die Fakten aus?

■ Die Sozialausgaben wurden von 1983 bis 1987 um 16 Prozent erhöht.

■ Zum ersten Mal seit Jahren steigen die Realeinkommen der Arbeitnehmer wieder.

■ Die Zahl der Kurzarbeiter ging von einer Million auf unter 100 000 zurück, heute sind 165 000 mehr Menschen beschäftigt als im Vorjahr, der Marsch in die Arbeitslosigkeit ist gestoppt.

Ist das Politik für wenige?

Sozialhilfe und Wohngeld sind erhöht worden. Von nächstem Jahr an werden Familien mit Kindern insgesamt zehn Milliarden DM weniger Steuern zahlen müssen.

Ist das etwa Politik für wenige?

Natürlich nicht. Das weiß auch der DGB. Warum werfen uns trotzdem DGB-Funktionäre einen Rückmarsch in den Frühkapitalismus vor (Steinkühler) und reden vom Kartell aus Kapital, Kabinett und Koalitionsparteien (Janßen/Lang)? Warum geifern einige DGB-Funktionäre in einer teilweise wirklich unglaublichen Art gegen die Bundesregierung und die Union, wo doch die Erfolgsbilanz gerade dieser Regierung in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Beschäftigungspolitik unbestreitbar ist?

Die Antwort ist klar: Wichtigen Teilen des DGB geht es nicht um die Sache der Arbeitnehmer, ihnen geht es um Parteipolitik. Sie verfolgen zwei Ziele:

① Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat am 17. August 1985 gesagt: Die Gewerkschaften werden das Gespräch (mit der Regierung) führen. Gleichzeitig werden sie alles tun, um eine Entmotivierung der Mitglieder zu vermeiden. Im Klartext heißt das: Gespräche über Sachfragen entmotivieren die Mitglieder, also braucht man wieder Klassenkampfparolen und einen politischen Gegner, gegen den man mobilisieren kann.

Die Aktionen des DGB sind auch unter dem Gesichtspunkt zu sehen: Die Funktionäre haben Angst, daß ihnen die Truppe wegläuft. Denn von 1981 bis 1984 hat der DGB fast 300 000 Mitglieder verloren und durch die Mobilisierung gegen die Bundesregierung will man die Reihen wieder fester schließen und von den inneren Problemen und denen der Neuen Heimat ablenken.

② Obwohl der DGB eine Einheitsgewerkschaft ist, zieht die überwältigende Mehrheit seiner Funktionäre eine schlechte SPD-Regierung einer erfolgreichen CDU-Regierung vor. Unsere Erfolge zeigen, daß wir mit unserer Politik auf dem richtigen Weg sind. Und es müßte

sich auch bis zum DGB herumgesprochen haben, daß die Politik der Strohfeuerprogramme, die er von uns fordert und die die SPD während ihrer Regierungszeit praktiziert hat, nur noch mehr Schulden, hohe Zinsen und hohe Steuern bringen, — und hohe Arbeitslosenzahlen.

Mit seiner Herbstaktion beginnt der DGB offensichtlich den Vorwahlkampf für die SPD, für eine Partei, die der Bundesrepublik Deutschland die größte Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit hinterlassen hat. Deshalb ist es eben auch kein Zufall, daß der DGB jeden Erfolg der Bundesregierung madig macht, die Angst und den Neid schürt, mit Horrorzahlen operiert und zum Widerstand gegen die demokratisch gewählte Bundesregierung aufruft. Die Scharfmacher im DGB müssen sich fragen lassen, ob sie damit wirklich den Interessen der Arbeitnehmer dienen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit dem Gesprächsangebot an die Gewerkschaften bewiesen, daß sie keine Konfrontation will. Wenn führende DGB-Vertreter jetzt einen Dauerkrieg zwischen Regierung und Gewerkschaften (der stellvertr. DGB-Vorsitzende Fehrenbach) androhen, falls die Bundesregierung nicht die DGB-Forderungen erfüllt, dann muß man den DGB daran erinnern, daß die Bundesregierung nach dem Grundgesetz zuallererst dem Parlament und den Wählern und zuallerletzt Verbandsfunktionären gegenüber verantwortlich ist.

Wir brauchen starke Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer, die Interessen der Arbeitsplatzbesitzenden und der Arbeitslosen verantwortungsbewußt vertreten. Wir lehnen Gewerkschaftsfunktionäre ab, die aus parteipolitischen Interesse die Bevölkerung gegen die demokratisch gewählte Bundesregierung und deren Politik mobilisieren wollen.

Großangelegte Schützenhilfe für die SPD im Bundestagswahlkampf 1987?

Schon seit vielen Jahren haben die Sozialdemokraten beträchtlichen Ärger mit ihrem ehemaligen Zentralorgan „Vorwärts“. Das Blatt rutscht von einer Krise in die andere. Alle Sanierungsbemühungen haben sich immer wieder als nutzlos herausgestellt. Glaubte man, die eine Krise sei überwunden, schon schlitterte man in die nächste.

Aber nicht nur die Sozialdemokraten leiden unter ihrer verfehlten Politik mit den eigenen Medien. Auch in der Chefetage des Deutschen Gewerkschaftsbundes macht man sich — wenn auch noch sehr leise und verhalten — Gedanken über die DGB-eigenen Verlautbarungsorgane.

Im Umfeld des Vorwahlkampfes dürfte nicht ganz uninteressant sein, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund sein Pressewesen neu organisieren bzw. umstrukturieren will.

Die DGB-eigene „Welt der Arbeit“ und die Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ sollen nach einer Empfehlung einer fünfköpfigen Arbeitsgruppe eingestellt und statt dessen soll ein neues „Flaggschiff“ aufs Dock gelegt werden. Auch das Jugendmagazin „ran“, die Zeitschrift „Der Deutsche Beamte“, „Frauen und Arbeit“, „Handwerk aktuell“, „Gewerkschaftliche Bildungspolitik“ und die „Bildungspolitischen Veröffentlichungen des DGB“ stehen dieser Empfehlung nach zur Disposition. Hier sollen zumindest neue Redaktionskonzepte gefunden werden.

Als Begründung wird angegeben, daß die genannten Publikationen in hohem Maße bezuschußt werden müssen, politisch aber wenig wirksam seien. Allein die „Welt der Arbeit“ wird jährlich mit rd.

1,7 Mio. DM subventioniert — bei einer Auflage von wenig mehr als 10 000 Exemplaren in der Tat ein unbedeutendes und kaum effizientes Blatt. Für die den DGB-Funktionären kostenlos überlassene „Quelle“ müssen rd. 2 Mio. DM pro Jahr aus der Kasse des DGB aufgebracht werden.

Bei dem neuen Blatt ist daran gedacht, es wöchentlich erscheinen zu lassen entweder im Zeitschriftenformat oder als Magazin. Man will mit einer großangelegten Werbekampagne starten. Neben dem Abonnementverkauf ist an einen großflächigen Kiosk-Absatz gedacht. Nach etwa zwei Jahren soll das Blatt aus den roten Zahlen sein und sich am Markt durchgesetzt haben.

Zusätzlich wird der Düsseldorfer Chefetage des DGB von einem Teil der Mitglieder des Presseausschusses vorgeschlagen, einen täglich erscheinenden Informationsdienst zu installieren.

Nachdem sich Anfang September der Presseausschuß des Gewerkschaftsbundes mit dieser Thematik beschäftigte, wird eine endgültige Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes für das Frühjahr 1986 — also auf jeden Fall noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen — erwartet.

Sollte sich diese Konzeption durchsetzen, dürften die Sozialdemokraten durch diese neue Eigenmedienpolitik des DGB eine großangelegte und kostenlose Schützenhilfe erhalten, die im Vorfeld und auch in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes für 1987 nicht unterschätzt werden sollte. Die Hetztiraden von „metall“ zumindest während der Bundestagswahlkämpfe von 1980 und 1983 sind in schlimmster Erinnerung.

Doppelzüngig

Mit dieser Anzeige (Hamburger Abendblatt v. 14. September) wirbt das DGB-eigene Filialunternehmen „coop“ um Mitarbeiter im Teilzeitbeschäftigten-Verhältnis. Der DGB selbst macht in seiner gegenwärtigen Kampagne auch Front gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz und die darin enthaltene Möglichkeit zum Abschluß von Teilzeitverträgen. In einem sogenannten Musterreferat zur DGB-Aktionswoche heißt es dazu:

„Mit befristeten Arbeitsverträgen wird der Kündigungsschutz umgangen, Arbeitnehmer als „Ex-und-Hopp“-Wegwerfware auf dem Arbeitsmarkt mißbraucht. In 18 Monate langen „Probezeiten“ kann

Ab sofort suchen wir Mitarbeiter/innen in befristeten Arbeitsverhältnissen

für unser COMET-Center in Hamburg-Billstedt, Billstedter Platz 31:

für den Aufschnitt-Bedienungstand

5 Verkäufer/innen im Fleischerhandwerk

für die Obst- und Gemüseabteilung

1 Verkäufer/in

auf Pauschalversteuerungsbasis

5 - 6 Aushilfskräfte

Unsere Mitarbeiterin in der Personalverwaltung Frau Amschler, freut sich auf das Gespräch mit Ihnen. Tel.: 040/24 82 22 78

für unser PRO-Center in Hamburg-Volksdorf, Im alten Dorfe 24:

für den Aufschnitt-Bedienungstand

3 Verkäufer/innen im Fleischerhandwerk

Unser Filialleiter Herr Spott, freut sich auf das Gespräch mit Ihnen. Tel.: 040/603 77 90.

für unser COMET-Center in Hamburg-Barmbek, Stuvkamp 20:

für den Aufschnitt-Bedienungstand

2 Verkäufer/innen im Fleischerhandwerk

Unser Filialleiter, Herr Blö8, freut sich auf das Gespräch mit Ihnen. Tel.: 040/209 47 33.

coop Aktiengesellschaft
Niederlassung Nord

gnadenlos aussortiert werden: Die Topleistungsfähigen, die Jungen und Unverbrauchten werden behalten, alles andere wird zurück in die Arbeitslosigkeit geschickt. Heuern und feuern wird staatlich abgesegnet.“ So doppelzüngig geht es beim DGB zu.

Gewerkschaften sollten...!

Arbeitnehmer
fordern sehr starkes
Engagement
auf folgenden
Gebieten



Unterstützung politischer Parteien	7
Kampfmaßnahmen in anderen Ländern	9
Schul- und Bildungspolitik	13
eigene Wirtschaftsunternehmen	14
Investitionslenkung	18
Vermögensbildung	31
Arbeitszeitverkürzung	32
mehr Arbeitslosengeld	37
mehr Kurzarbeitergeld	38
Lohnerhöhungen	39
bessere Chancen für Arbeitslose	45
mehr Teilzeitarbeitsplätze	46
weniger Steuern	Angaben 51
Aus- und Weiterbildungsförderung	in % 53
besserer Kündigungsschutz	59
Arbeitnehmerberatung	62

imu
85 09 22

Quelle: MARPLAN

Mehrfachnennungen möglich

Als Ergebnis einer Repräsentativbefragung des Meinungsforschungsinstituts MARPLAN stellte sich heraus, daß die Arbeitnehmer (ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht) konkrete Vorstellungen über die Aktivitäten der Gewerkschaften haben. Rein politische Themenkreise haben keinen hohen Stellenwert, vielmehr stehen reine Arbeitnehmerinteressen stark im Vordergrund. Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, daß ein starkes Engagement im Bereich reiner Arbeitnehmerfragen die Politik zwangsläufig mit einschließt.

Teuer und ohne Erfolg: Die Beschäftigungsprogramme der SPD

Im Zeitraum von 1974 bis 1982 hat die SPD-geführte Bundesregierung 17 Ausgabenprogramme mit beschäftigungspolitischer Zielsetzung beschlossen. Sie machen ein Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden DM aus.

Ausgabenprogramme von 1974 bis 1982

Volumen in
Mrd. DM

① Einmaliges Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen vom 6. Februar 1974	0,900
② Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung vom 25. September 1984	0,950
③ Sonderprogramm stabilitätsgerechter Aufschwung vom 12. Dezember 1974	1,730
④ Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen vom 27. August 1975	5,750
⑤ Arbeitsmarkt- und berufsbildungspolitisches Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vom 28. Januar 1976	0,235
⑥ Sonderprogramm des Bundes und der Länder für Schwerbehinderte vom 1. November 1976	0,100
⑦ Arbeitsmarktpolitische Beschäftigungshilfen vom 10. November 1976	0,430
⑧ Mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge vom 23. März 1977	20,000
⑨ Programm vom 25. Mai 1977 (ABM-Programm, besonders soziale Dienste)	0,600
⑩ Beschlüsse zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung vom 14. September 1977	2,340
⑪ Zweites Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom 2. Januar 1978	0,100
⑫ Beschlüsse zur Stärkung der Nachfrage und Verbesserung des Wirtschaftswachstums vom 28. Juli 1978	5,450
⑬ Drittes Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom 28. März 1979	0,130
⑭ Arbeitsmarktpolitisches Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen vom 16. Mai 1979	0,900
⑮ Beschäftigungswirksame Maßnahmen im Rahmen der Operation 82 vom 2. September 1981	9,250
⑯ Viertes Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom 1. Dezember 1981	0,250
⑰ Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität vom 3. Februar 1982	1,200

Summe 50,315

Nach dem Motto „Staatsschulden sind besser als Arbeitslosigkeit“ gab die SPD-geführte Bundesregierung über 50 Milliarden Mark für die vorstehend aufgeführten Programme aus. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit von 178 579 im Jahresdurchschnitt 1969 auf 1,833 Millionen im Jahresdurchschnitt 1982 an. Das ist ein Anstieg auf 1 026 Prozent. Berechnet von Oktober 1969 bis Oktober 1982 ist die Arbeitslosigkeit sogar auf 1 782 Prozent gestiegen. Diese 17 Programme und der zeitgleiche explosionsartige Anstieg der Arbeitslosenzahlen beweisen, daß Arbeitsmarktprogramme nicht die erhoffte Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben. Übrig geblieben sind, nicht zuletzt mitverursacht durch diese Programme, nur der Anstieg der Bundesschulden von 55,5 Mrd. DM 1969 auf 314,3 Mrd. DM 1982.

Frage an den DGB: Warum fordert der DGB immer wieder Arbeitsmarktprogramme, die sich als nutzlos erwiesen haben?

Gewerkschafter bekommt die Quittung der Genossen

Als hoher Funktionär der IG Bergbau und Energie, Pressesprecher beim Hauptvorstand hat Horst Niggemeier immer daran gedacht, was für seine Mitglieder in der IG Bergbau und Energie gut ist. Das ist auch etwas völlig Normales und Richtiges für einen Gewerkschafter. So hat er auch objektiv die Arbeit der Regierung Kohl beobachtet und hat sich zu deren Beschlüssen in bezug auf den Bergbau entsprechend positiv in der Öffentlichkeit geäußert.

Aber auch allzu linkslastige DGB- und SPD-Funktionäre haben in der Vergangenheit einiges von ihrem Parteifreund Niggemeier zu hören bekommen. Er hat offensichtlich erkannt, wohin das führen kann, und der IG Bergbau und Energie ist nicht damit gedient, wenn Krawall um

jeden Preis gemacht wird. Die IG Bergbau und Energie war und ist sich der Verantwortung für ihre Kumpel bewußt und beteiligt sich nicht am Kampfgeschrei gegen die Bundesregierung, wie das andere selbst dann noch tun, wenn für sie persönlich etwas Positives beschlossen wird.

Jetzt hat Horst Niggemeier die Quittung für seine eigentlich ganz normale Haltung bekommen. Der SPD-Parteitag von Nordrhein-Westfalen hat ihm die erforderliche Mehrheit zum Einzug in den Landesvorstand verweigert. Solche Leute sind offensichtlich für Herrn Rau ungeeignet. Was soll er auch mit Leuten im Vorstand, die der Wahrheit verpflichtet sind? Sie stören den eingeschlagenen Weg. Wenn 1983 schon die Mietenlüge nicht gezogen hat, soll 1987 die Soziallüge ziehen.

Gewerkschaften als Arbeitgeber

Der Deutsche Gewerkschaftsbund nimmt für sich in Anspruch, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Im Rahmen der bevorstehenden Herbstaktionen werden die Gewerkschaftsführer sicherlich wieder mit besonderem Nachdruck gegen rüde Unternehmer-Methoden zu Felde ziehen. Deshalb ist es angezeigt, auch einmal ein Schlaglicht auf den DGB als Unternehmer zu werfen.

In der Gewerkschaftsholding BGAG* (Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG) sind rund 50 Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Banken, Versicherungen, Bausparkassen, Industriefirmen, Handelsunternehmen, Dienstleistungsbetriebe, Wohnungs- und Städtebau-Gesellschaften zusammengefaßt. Diese Firmen beschäftigen weit über 100 000 Mitarbeiter und verfügen über ein Eigenkapital von mehreren Milliarden Mark.

Es ist inzwischen allerdings kein Geheimnis mehr, daß bei der Sanierung schwer angeschlagener Unternehmen wie der Neuen Heimat oder der co op-AG oft genug die Grundsätze der sozialen Verantwortung für die Mitarbeiter auf der Strecke geblieben sind. Als Unternehmer akzeptieren die Gewerkschaftsführer offenbar, was ihnen als Vertreter der Arbeitnehmer eigentlich völlig gegen den Strich gehen müßte.

Die QUICK hat aus dem Sündenregister der Gewerkschaftsfirmen berichtet, das sich wie eine Gruselstory aus der Zeit des finstersten Manchester-Kapitalismus liest:

■ In Köln entließ die DGB-Jugendzeit-

schrift ran die Redakteure Ingolf Zera und Günter Isemeyer fristlos, weil sie eine Karikatur veröffentlicht hatten, die das Mißfallen der DGB-Obersten erregte.

■ In München setzte die ÖTV-Kreisverwaltung den Sekretär Gerd Wagner aus fadenscheinigen Gründen fristlos an die Luft — das Arbeitsgericht hob die Kündigung wieder auf.

■ In Stuttgart warf die ÖTV den Sekretär Jürgen H. Bräumer fristlos raus, weil er den stellvertretenden Vorsitzenden Siegfried Merten kritisiert hatte.

■ In Frankfurt drohte die Büchergilde Gutenberg Mitarbeitern, die auf Einführung der 35-Stunden-Woche drängten, mit dem Rausschmiß.

■ In Düsseldorf mußten sich Mitarbeiter der Hans-Böckler-Stiftung ihre Mitbestimmungsrechte vor Gericht erstreiten.

Und noch ein Beispiel: Während sich co op-Vorstandsmitglieder offenbar an etwas zwielichtigen Machenschaften bei der Anmietung von Firmengebäuden beteiligten, gibt es laut QUICK in den 1900 co op-Geschäften keine Kassiererin, die diesem Berufsbild entspricht. Statt ausgebildeter Fachkräfte werden nämlich nur angelernte Verkäufer und Verkäuferinnen beschäftigt, die, wenn sie überwiegend an der Kasse sitzen müssen, zu ihrem Tarifgehalt lediglich einen kargen Zuschlag von 70 Mark monatlich erhalten. Als Kassiererin bekämen die Frauen im Monat bis zu 500 Mark mehr Gehalt.

Aber wie brüstete sich co op-Chef Bernd Otto auf der letzten Bilanzpressekonferenz: Wir sind keine Einrichtung zur Verfolgung gewerkschaftspolitischer Zielsetzungen.

Die Basis sieht es anders

Eine Mehrheit fordert: Politiker und Funktionäre sollen die Arbeitslosigkeit flexibler bekämpfen.

Die Deutschen sind zu kräftigen Opfern bereit, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Das ergibt eine große Umfrage des renommierten Sample-Instituts im Auftrag von BUNTE.

Das Verblüffende: Die meisten Befragten sehen die Probleme weitaus unverkrampfter und offener als Politiker und Funktionäre. So sind immerhin 86 Prozent der Meinung, wer angesichts der hohen Arbeitslosigkeit einen Arbeitsplatz sucht, muß auch Zugeständnisse machen. Und 83 Prozent glauben, heutzutage müssen die Arbeitnehmer hinsichtlich Ar-

beitszeit und Bezahlung beweglicher sein als zu Zeiten hoher Konjunktur. Gegen diese Vorstellungen wettern vor allem die Funktionäre von SPD und Gewerkschaft. Haben sie aber dazu das Mandat ihrer eigenen Basis? Die Umfrage ergibt: nein. Unter den befragten SPD-Anhängern sprechen sich 87 Prozent für mehr Zugeständnisse und für mehr Beweglichkeit aus und liegen in diesem Punkt auf gleicher Höhe wie die CDU/CSU-Anhänger.

Der Unterschied zwischen den Wünschen der Basis und dem Machtanspruch der Funktionäre tritt in der Umfrage klar zutage. 58 Prozent der Befragten glauben, die Gewerkschaften entfernen sich immer weiter von den Arbeitnehmern und vertreten eigene Ziele.

Meinungen zum Thema Arbeitslosigkeit

Höchste Sympathie für

	Total	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	CDU/CSU FDP
Für einen Arbeitslosen ist es wichtiger, daß er Arbeit bekommt, als die Höhe des Verdienstes						
Stimme zu	81 %	87 %	78 %	84 %	74 %	78 %
Stimme nicht zu	18 %	12 %	20 %	16 %	24 %	16 %
Ohne Angabe	2 %	1 %	1 %	—	1 %	6 %
Durch hohe Lohnkosten in der Bundesrepublik sind viele deutsche Produkte im internationalen Vergleich zu teuer						
Stimme zu	73 %	75 %	72 %	81 %	68 %	63 %
Stimme nicht zu	23 %	22 %	25 %	19 %	31 %	23 %
Ohne Angabe	3 %	3 %	3 %	—	2 %	14 %
Bei der hohen Zahl Arbeitsloser in der Bundesrepublik müssen Arbeitssuchende für Zugeständnisse bereit sein						
Stimme zu	86 %	87 %	87 %	92 %	77 %	68 %
Stimme nicht zu	12 %	11 %	12 %	8 %	22 %	16 %
Ohne Angabe	2 %	2 %	1 %	—	1 %	16 %

Zur Sache:

Das glaubt der DGB doch selber nicht!

Das sind die Methoden der DGB-Funktionäre, um die Bürger aufzuwiegeln: Sie reden von „über 4 Millionen Arbeitslosen“, obwohl sie wissen, daß die Bundesanstalt für Arbeit im August 1985 eine Arbeitslosenzahl von 2,2 Millionen festgestellt hat. So sieht es mit allen Behauptungen aus, die der DGB aufstellt, und seine „Beweise“ sind so abenteuerlich, daß man nur noch sagen kann: **Das glaubt der DGB doch selber nicht!**

Die Wahrheit sieht nämlich so aus: Vor drei Jahren noch gab es einen Berg voller Probleme: Riesige Staatsverschuldung, hohe Inflation, hohe Zinsen, hohe Arbeitslosigkeit, die Wirtschaft fast am Boden. Mit anderen Worten: Überall rote Zahlen.

Heute, nach nur drei Jahren, haben wir das Schlimmste hinter uns. „Glückliche Deutsche! Sie haben Vertrauen in ihre Wirtschaft, setzen auf Aufschwung und senken ihre Zinsen!“ So urteilt die angesehene französische Zeitung „Le Figaro“ mit einem halb neidischen, halb bewundernden Blick über den Zaun.

Und so sieht es mit der Arbeitslosigkeit wirklich aus: Von 1980 bis 1981, also zur Zeit der SPD-Regierung, stieg die Zahl der Arbeitslosen von 0,8 Millionen auf 1,2 Millionen. Das war eine Steigerung um 43 Prozent.

Im Jahre 1982, ebenfalls noch zur Zeit der SPD, erhöhte sich die Zahl auf 1,8 Millionen. Das war nochmal eine Steigerung um 44 Prozent. 1983 dann, als die CDU die Regierung übernommen hatte, wurde der Anstieg stark gebremst und betrug bei 2,2 Millionen Arbeitslosen lediglich 23 Prozent. 1984 betrug der Anstieg nur noch 0,3 Prozent, und 1985 wurde der Anstieg auf Null gebracht. **Das heißt, wir haben den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt.**

Dazu kommt:

- ⇒ Es gibt immer weniger Kurzarbeiter.
- ⇒ Die Zahl der Beschäftigten steigt ständig an, 1985 um mehr als Hunderttausend.
- ⇒ Die Zahl der offenen Stellen nimmt zu. Es herrscht bereits stellenweise Facharbeitsmangel.
- ⇒ Und das alles bei stabilen Preisen, Wirtschaftswachstum, niedrigen Zinsen und sicheren Renten.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren bewiesen, daß wir was von Wirtschaft verstehen und mit Geld umgehen können – was man von den DGB-Genossen nicht sagen kann. Siehe Neue Heimat.

Übrigens: Keine Bundesregierung hat bisher so viel Geld für Soziales ausgegeben. In diesem Jahr sind es 82,3 Milliarden DM. Das heißt: Jede dritte Mark des Haushalts ist für Soziales.

CDU
 **sicher
sozial
und frei**

„Neue Heimat“ – oder die Perversion eines sozialen Gedankens

Die Herren in den Chefetagen des DGB rufen — Arm in Arm mit der SPD — zum Demonstrieren auf. Sie verteilen Musterreden mit Sprüchen wie „Solidarität ist unsere Stärke — DGB“ oder „Die Arbeitnehmer werden zur Ex- und Hopp-Wegwerfware“ und beklagen eine „Umverteilung von unten nach oben“. Viele Arbeitnehmerfamilien haben tatsächlich Grund zum Demonstrieren. Denn eine Wohnungsbaugesellschaft — sie gehört Gewerkschaft und Genossen selber, genauer gesagt der „Neuen Heimat“ — verkauft auf dubiose Weise in einer Blitzaktion 22 000 Wohnungen, in denen überwiegend Gewerkschafter wohnen, und kündigt den Verkauf von weiteren 60 000 Wohnungen an.

Aber: Nicht dagegen soll demonstriert werden, sondern gegen die Bundesregierung. An der Gewerkschafts- und Parteilinie breitet sich Entsetzen aus. Worte wie Umverteilung oder Solidarität bekommen einen schalen Beigeschmack. Besorgte Bremer Sozialdemokraten schrieben den Herren Brandt und Vogel: „Die Kette ‚Neue Heimat‘-DGB — nah an der SPD — ist politisch nicht aus der Welt zu schaffen.“ Recht haben sie!

Während die Genossen in Bonn den Neubau sozialer Mietwohnungen fordern, verhökern sie draußen im Land Zehntausende davon an eine Tochter der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, sprich des DGB. Mittels dieser Geldwaschanlage werden zunächst Sozialwohnungen aus der Gemeinnützigkeit genommen. Was diese famose Gesellschaft machen wird, malt sich ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister so aus:

■ „Es bedarf keiner Fantasie, daß diese Wohnungen anschließend zu weitaus höheren Preisen weiterverkauft werden und damit eine Praxis vollzogen wird, die sonst nur von Spekulanten geübt wird“.

Während die SPD in Bonn einschließend des sozialdemokratischen Mieterbundespräsidenten Jahn Horrorgeschichten über angebliche Mietenexplosionen verbreitet, wird draußen selber spekuliert. Während die SPD in Bonn Bürger verteufelt, die sich aus dem Bestand eine Eigentumswohnung zur Alterssicherung kaufen, machen es die Genossen draußen gleich zehntausendfach. Während der DGB der Bundesregierung vorwirft, sie mache aus Arbeitnehmern eine Ex- und Hopp-Wegwerfware, werden 22 000 Wohnungen zum Billigtarif verscherbelt. Und während er angeblich Umverteilung beklagt, verteilt er selber zehntausendfach um.

Dabei hatten die Herren aus der DGB-Chefetage beim braven gewerkschaftlichen Beitragszahler schon kräftig abkassiert: 1982 und 1983 steckten sie 1,3 Milliarden Mark Gewerkschaftsgelder in das runtergewirtschaftete Unternehmen. Aber das reichte nicht. Während in Musterreden von Solidarität gesprochen wird, werden die gewerkschaftlich organisierten Mieter zu Leidtragenden dieser Mißwirtschaft gemacht. Hier wird tatsächlich „neue Armut“ — um das Schlagwort der Genossen in Richtung Bundesregierung aufzugreifen — geschaffen.

Zu allem Überfluß bringt die Misere des Gewerkschaftskonzerns „Neue Heimat“ noch die gesamte gemeinnützige Wohnungswirtschaft in Verruf.

Von Diétmar Kansy, MdB, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU

Zeichnung: Ebert/Rheinische Post



Rundfunk-Kommentare

Unsoziales Verhalten WDR

50 000 Wohnungen der NEUEN HEIMAT sollen noch in den nächsten fünf Jahren verschербelt werden. Dabei ist die unsoziale Vorgehensweise besonders verwerflich. Die Gefahr liegt auf der Hand, daß hier zu Lasten der Mieter spekuliert wird. Breit bekannte sich zur Notwendigkeit des Verkaufs dieser Wohnungen. Von dem Versagen jener Gewerkschaftsführer, die über lange Jahre im Aufsichtsrat dem Treiben der Geschäftsführung der NEUEN HEIMAT tatenlos zusahen, ist nicht die Rede, erst recht nicht von ihrer Verantwortung. Eigentlich müßten die Gewerkschaftsbosse, die im Aufsichtsrat in ihrer Kontrollfunktion versagt haben, für den Schaden haften; aber sie lassen lieber die Mitglieder haften. Wen wundert es, daß die Mitgliederzahlen im DGB rückläufig sind? (F. Kusch)

Skandal erster Ordnung ①

Tatsache bleibt, daß mit den Groschen der Gewerkschaftsmitglieder ein Unternehmen saniert werden muß, dessen Chef eine verfehlte Wohnungs- und Bodenpolitik vorgeworfen werden muß. Daß die NEUE HEIMAT jetzt aber, um einen selbstverschuldeten Konkurs abzuwenden, Zigtausende öffentliche Wohnungen verramscht an eine Frankfurter Gesellschaft, die über Umwegen wiederum den Gewerkschaften gehört, gleichzeitig aber die Wohnungen zum doppelten Einstandspreis verkauft, ist ein Skandal erster Ordnung.

Der Filz ist so dicht, daß er sich kaum noch entflechten läßt; und daraus muß die Bundesregierung die Folgerungen ziehen, wenn sie ohnehin dabei ist, die Gemeinnützigkeitsnovelle zu ändern.

(J. Lieberwirth)

Sehr geehrter Herr Kollege Breit,

seit 1947 gehöre ich der IG Metall und damit dem DGB als Mitglied an und bin Träger der Silbernen Ehrennadel.

Noch nie habe ich bisher innerhalb des DGB und seiner gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ein so beispielloses miserables und unsoziales Verhalten erlebt wie gegenwärtig durch den DGB-eigenen Konzern Neue Heimat, deren Aufsichtsratsvorsitzender Sie sind und der mit seinem Ausverkauf von 100 000 Sozialwohnungen in den Ballungsräumen Angst und Schrecken unter den Mietern verbreitet.

Für mich als DGB-Mitglied ist es beschämend und empörend zugleich, daß Sie als DGB-Vorsitzender diesen massenhaften Ausverkauf von Sozialwohnungen auch noch billigen.

Die 10 Mrd. DM an öffentlichen Mitteln und Steuergeldern, die die Neue Heimat in der Vergangenheit durch den Staat kassiert hat, sind als Subvention für einkommensschwache Mieter und nicht für die Mißwirtschaft bei der Neuen Heimat und deren zwielichtige Spekulationsgeschäfte gegeben worden.

Zeigen Sie Solidarität und wälzen Sie nicht die Lasten der Mißwirtschaft der Neuen Heimat auf die Mieter ab, zumal die Neue Heimat als gemeinnütziges Unternehmen von Steuerzahlungen gesetzlich befreit ist.

Ich fordere Sie als DGB- und Aufsichtsratsvorsitzenden der Neuen Heimat hiermit auf, unverzüglich das Verscherbeln von Sozialwohnungen zu stoppen und rückgängig zu machen und damit der systematischen Zerstörung des sozialen Wohnungsbaues innerhalb des DGB Einhalt zu gebieten.

Durch das rücksichtslose Vorgehen der Neuen Heimat ist die soziale Glaubwürdigkeit des DGB schwer angeschlagen und auf einem Tiefpunkt angelangt.

Ich nenne es doppelzüngig und politische Heuchelei, wenn der DGB einerseits gegenüber der Bundesregierung bezüglich des sozialen Wohnungsbaues massive Vorwürfe erhebt und gleichzeitig selbst 100 000 Sozialwohnungen in frühkapitalistischer Manier spekulativ verscheuert.

Ich nenne es doppelzüngig und politische Heuchelei, wenn der DGB einerseits Demonstrationswochen gegen die Politik der Bundesregierung organisiert mit dem Vorwurf des Sozialabbaus und er gleichzeitig in seinem eigenen Verantwortungsbereich skandalös und mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen soziale Demontage und Sozialabbau bei 100 000 Mietern betreibt.

Woher nehmen Sie und der DGB bei dieser Sachlage eigentlich den moralischen Anspruch für eine derartige Demonstration? Machen Sie Schluß mit dieser doppelten Moral.

Als Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen stelle ich mit Bestürzung den schweren, nicht wieder gutzumachenden Schaden fest, den der DGB-eigene Konzern unter Ihrer Führung mit dem Verschleudern von 100 000 Sozialwohnungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und dem Gemeinnützigkeitsgedanken angetan hat.

Mit kollegialen Grüßen

Helmut Link, Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushalt '86: Ein Drittel aller Ausgaben für die Sozialpolitik

Der Deutsche Bundestag hat über den Entwurf des Haushalts für 1986 debatiert. Der Haushalt des Bundesarbeitsministeriums (Einzelplan 11) ist mit 58,8 Milliarden Mark der größte Einzelhaushalt. Gegenüber 1985 steigt er um 3,5 Prozent, stärker als der Gesamthaushalt (2,4 Prozent).

Die drei großen Blöcke im Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung sind:

- Zuschüsse an die Sozialversicherung mit 35,5 Milliarden Mark
- Ausgaben für die Kriegsoffer mit 12,5 Milliarden Mark
- Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und gleichartige Leistungen mit 10,4 Milliarden Mark.

Zuschüsse an die Sozialversicherung

Von den 35,5 Milliarden Mark entfallen rund 26 Milliarden Mark auf die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. Diese Bundeszuschüsse werden entsprechend der gesetzlichen Regelung fortgeschrieben. In den Haushaltsvermerken ist vorgesehen, Bundeszuschüsse im Jahresverlauf vorzuziehen, um die Liquidität der Rentenversicherung zu jeder Zeit zu gewährleisten. Als Bundeszuschuß an die knappschaftliche Rentenversicherung sind 8,677 Milliarden Mark vorgesehen. Für die Fortzahlung des Mutterschaftsgeldes nach altem Recht ist ein Bedarf von 135 Millionen Mark veranschlagt. Dies liegt deshalb deutlich unter den Ausgaben für 1985, weil ab 1986 das Erziehungsgeld die Zahlung des Mutter-

schaftsurlaubsgeldes ablösen soll. Die Aufwendungen dafür finden sich im Einzelplan des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit.

Ab 1986 werden Zeiten der Kindererziehung erstmalig bei der Rente anerkannt. Diese Leistungen werden vom Bund getragen. Dafür sind für 1986 150 Millionen Mark im Haushalt vorgesehen.

Für die Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte in Werkstätten wird der Bund 1986 insgesamt 330 Millionen Mark ausgeben. Für die Künstlersozialversicherung ist ein Bundeszuschuß von 89,2 Millionen Mark berücksichtigt.

Kriegsofferhaushalt

Für die Kriegsofferversorgung sind 11,188 Milliarden Mark vorgesehen. Die Maßnahmen der Kriegsofferversorgung werden durch die Kriegsofferfürsorge flankiert. Dafür sind 1,318 Milliarden Mark veranschlagt.

Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und gleichartige Leistungen

Für einen Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit ist wie bereits im Vorjahr kein Ansatz vorgesehen. Für die Arbeitslosenhilfe wird der Bund nach dem Haushaltsplan 10 Milliarden Mark ausgeben. Dieser Ansatz entspricht rund 670 000 Arbeitslosenhilfeempfängern in 1986.

Als Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche plant die Bundesregierung rund 95 Millionen Mark auszugeben und für Sprachförderungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Aussiedlern

und Flüchtlingen sind 210 Millionen Mark im Haushalt veranschlagt.

Weitere Ausgaben

Für die Eingliederung der Behinderten in unsere Gesellschaft sind als Förderung von Rehabilitationseinrichtungen 32 Millionen Mark vorgesehen, einschließlich der Mittel aus der Zonenrandförderung stehen dafür ca. 43 Millionen Mark zur Verfügung.

Für die Förderung der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer sind insgesamt 95,6 Millionen Mark vorgesehen. Dieses Geld soll für Betreuungsmaßnahmen, Förderung des Wohnungsbaus und für Koordinierungs- und Sondermaßnahmen verwandt werden.

Ein Drittel aller Ausgaben

Nicht nur im Haushalt des Bundesarbeitsministeriums sind Mittel für soziale Leistungen vorgesehen. Auch andere Ministerien geben Geld für die Sozialpolitik aus, beispielsweise für Wohngeld, für Kindergeld oder auch für das Erziehungsgeld. Insgesamt stellt der Bund 1986 86,33 Milliarden Mark dafür zur Verfügung. Das entspricht einem Drittel aller Ausgaben des Bundes. ■

Bundesbank signalisiert kräftigen Aufschwung

Der wirtschaftliche Aufschwung hat an Dynamik gewonnen. Auch die Nachfrage der privaten Verbraucher ist lebhafter geworden. Das stellt die Deutsche Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht fest. Neben der besonders starken Zunahme der Autokäufe sind auch Textilien, Bekleidung und Schuhe vermehrt gefragt. Außerdem haben die Bundesbürger von Mai bis Juli fünf Prozent mehr als im Vorjahr für Auslandsreisen ausgegeben.

SPD setzt sich über die Bedenken ihrer Fachleute hinweg

Zum Antrag der SPD auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die jüngsten Spionagefälle erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Rudolf Seiters:

Es ist höchst bemerkenswert, daß zwei maßgebliche Sachkenner innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, nämlich der Vorsitzende des Innenausschusses, **Axel Wernitz**, und der für den Haushalt der Nachrichtendienste zuständige Abgeordnete **Klaus-Dieter Kühbacher**, dem Antrag der SPD auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses widersprochen haben, weil ganz offensichtlich beide in diesem Zusammenhang Bedenken gegen einen Untersuchungsausschuß haben, der nur Schaden bei den Nachrichtendiensten anrichten kann. Dies entspricht der Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weil ein Untersuchungsausschuß zwangsläufig nachrichtendienstliche Details in die Öffentlichkeit bringt, für die ausschließlich die Parlamentarische Kontrollkommission eingerichtet wurde. Es kennzeichnet den Zustand der SPD-Bundestagsfraktion, daß sie sich bedenkenlos über diese Einwände hinwegsetzt und die Sicherheit unseres Staates ihrem parteipolitischen Spiel unterordnet.

Zitat

Stoltenberg ist geradezu eine Symbolfigur für eine Politik geworden, die langfristig solide Rahmenbedingungen für Stabilität und eine gesunde Wirtschaft schafft.

Hans Meyer, Direktionsmitglied der Schweizerischen Nationalbank.

Unsere Argumente

So können wir dem DGB antworten

Broschüren:

Bestellungen nur an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
Telex 941713 ditor d
4804 Versmold

Von den roten in die schwarzen Zahlen



Erfolgsbilanz der Sozial- und Gesellschaftspolitik



Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 27,— DM
Bestell-Nr.: 5682

SPD-Partei ohne wirtschaftspolitische Alternative



Staatliche Beschäftigungsprogramme schaffen keine sicheren und dauerhaften Arbeitsplätze



Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM
Bestell-Nr.: 5694

Die neue Frau im Kabinett:



Politik für die Frauen hat Vorrang
Rita Süsmuth/S.2



Die Politik der Regierung Helmut Kohl „greift“. Nach drei Jahren ist der größte Schutz, den die SPD hinterlassen hat, beiseite geräumt. Sinkende Zinsen, stabile Preise, volle Auftragsbücher in der Industrie. Die Zahl der Beschäftigten steigt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt. Die Arbeitsplätze werden von Tag zu Tag sicherer.



CDU extra

Wir lieben Kinder

Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub eine runde Sache für Mütter (und Väter) Seite 2

Jetzt geht's los!

● Es gibt wieder mehr Arbeitsplätze
● Der wirtschaftliche Aufschwung zahlt sich aus



Bonn zahlt mehr Geld

Die Zahlung von Arbeitsentgelt für ältere Arbeitnehmer (über 50) ab 31. März 1987 wurde auf bis zu zwei Jahren, ab 1. April 1988 (10 Jahre) verlängert. Für 1987 wurde ein Finanzjahr festgelegt, in dem ein Bundesland mehr als ein anderes zahlt, aber man darf nicht mehr als das Doppelte der Bundesländer zahlen. Die Zahl der Beschäftigten ist gering.

Rechnen Sie mal nach!

1982 stieg ihr Einkommen um 4,1 Prozent. Ein solches Jahr, aber bei 5,3 Prozent. Im Jahr 1983 stieg Ihr Einkommen um 12 Prozent. Wir haben die Preissteigerung auf gut 2 Prozent gedrückt. Das bedeutet, bei einer Einkommenssteigerung von 13 Prozent haben Sie endlich mehr vom Kaufkraftgewinn. 2 Prozent weniger Preissteigerung und Sie get eine 11-prozentige Real- oder Leihrenten. Preistabilität ist somit ein zentraler Punkt der Sozialpolitik. Stabile Preise voran. Ludwig Erhard's Zeiten, das ist für Rentner und Arbeitnehmer die beste Nachricht seit Jahren.

Siehe Seite 3, Kevin B. Johnson, „Die Zukunft der CDU“.

Die Rentenkasse stimmt wieder

Lassen Sie sich von der SPD nicht verwirren. Die Renten sind sicher. Sie sind es und so wird es auch bleiben. Denn die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat die Rentenversicherung wieder auf sichere Füße gestellt. Nach den drei Jahren der Blockade ist die Rentenversicherung wieder auf sichere Füße gestellt. Ohne die Bundesregierung von Sozialminister Norbert Blum wäre die Rentenversicherung nicht zu retten gewesen. Heute sieht es so aus, als ob die Rentenversicherung wieder auf sichere Füße gestellt ist. Die Renten sind sicher. Sie sind es und so wird es auch bleiben. Denn die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat die Rentenversicherung wieder auf sichere Füße gestellt. Nach den drei Jahren der Blockade ist die Rentenversicherung wieder auf sichere Füße gestellt. Ohne die Bundesregierung von Sozialminister Norbert Blum wäre die Rentenversicherung nicht zu retten gewesen.

KOMMENTAR

Warum das so ist mit der Arbeitslosigkeit

haben Sie eine Zeitung gelesen? Dann werden Sie auch schon festgestellt haben, daß die Statistik gerade am Samstag wieder in Ordnung gekommen ist. Die Zahlen sind nun wieder in Ordnung. Es wird wieder angeordnet, in manchen Regionen mehr zu tun, in es herabzuziehen, weil man Facharbeiter mangel. Das ist das eine. Das andere, der haben immer noch eine kleine Arbeitslosigkeit, weil die sich in den letzten Jahren nicht so gut wie in den letzten Jahren. Wir haben in einem starken wirtschaftlichen Aufschwung. Die Zahlen sind jetzt wieder in Ordnung. Die Zahlen sind jetzt wieder in Ordnung. Die Zahlen sind jetzt wieder in Ordnung.

Diese aktuelle Zeitung enthält in vielen Artikeln eine komplette Bilanz der Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung.

Mindestabnahme: 250 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM
Bestell-Nr.: 2690

SIEMENS

Wir stellen ein:

- Funkelektroniker
- Informationselektroniker
- Löterinnen
- Handarbeiterinnen
- Einrichter

KA Karlsruhe

BLECHSCHLOSSER

BOHRWERKSOREHER

KONTROLLEURE

KARUSSELLDREHER

MC-DREHER

ROHRSCHLOSSER



MAHLE SERVICE CENTER
 Ölwechsel
 Motorkontrollen
 Ölwechsel
 Filter
 Wasserpummenwechsel
 Einspritzventile
 Lichtmaschine
 Wasserpumpe
 Wasserpumpe

Zeiss Ikon AG
stellt ein
Objektiv
Typ
Ser.Nr.
Fabrik-Nr.
Montage-Nr.
Gewicht
Material

Beschäftigungsaktion
10.000

CDU-Offensive für mehr Beschäftigung

Leitfaden für Aktionen von CDU-Verbänden

CDU
sicher
sozial
und frei

Leitfaden: CDU – Offensive für mehr Beschäftigung

Vorschläge, wie sich die CDU-Verbände vor Ort für mehr Beschäftigung einsetzen können.

Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 9,30 DM
Bestell-Nr.: 3705

Nehmen Sie die Argumente der CDU zur Hand, informieren Sie sich selbst und argumentieren Sie mit den Bürgern, wo immer sich die Gelegenheit bietet. Wir haben überhaupt keinen Grund, uns zu verstecken. Im Gegenteil: Alles spricht für unsere Politik und nicht für die jener linken Demagogen, denen offensichtlich nur noch die Lüge als Mittel geblieben ist.

Jetzt spüren alle: Der Aufschwung läuft

Die SPD macht mies

Das Beschäftigungs-Förderungsgesetz der Regierung Helmut Kohl ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:

Wir schaffen CDU extra Arbeit Die Öffnung für Beschäftigte

Für die Regierung Helmut Kohl steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Die eingeführte Beschäftigungsstrategie zeigt ihre ersten Erfolge. Der anhaltende Aufschwung sorgt dafür, daß in vielen Bereichen die Zahl der Kurzarbeiter zurückgeht und die offenen Stellen zunehmen. Das ist allen nicht über Nacht gekommen. Es war eine hartes Stück Arbeit — und es heißt noch weiter viel zu tun. Aber es geht sich. Der Staat schließt auf.

Beschäftigte in der Metallindustrie in Millionen	4,0	3,9
--	-----	-----

Was bringt das Gesetz?

CDU extra

Wir schaffen Arbeit

Aktuelle Zeitung, die die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik zeigt und zu Neueinstellungen auffordert.

Mindestabnahme: 250 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM

Bestell-Nr.: 2656

**12seitiges
Faltblatt**

„Jetzt einstellen“

Ausführliche Erläuterungen der Möglichkeiten, die das Beschäftigungsförderungsgesetz bietet.

Mindestabnahme:
100 Stück

Preis pro
Mindestabnahme:

18,— DM
Bestell-Nr.: 2658

Argumentationskarten

(Seite 20)

Unsere politischen Trümpfe sind auf sechs handlichen Karten kurz dargestellt.

Jetzt einstellen

Informationen zum
Beschäftigungsförderungsgesetz

CDU
sicher
sozial
und frei

Bauabsichten jetzt umsetzen

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in 1. Lesung beraten. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hansjörg Häfele, stellte in der Einbringungsrede noch einmal die Schwerpunkte des Entwurfes heraus und appellierte an alle Bauwilligen, ihre Bauabsichten nunmehr in die Tat umzusetzen. Häfele führte u.a. aus:

Ab 1. Januar 1987 will die Bundesregierung die steuerliche Förderung des Wohnens in den eigenen vier Wänden verbessern. Kernpunkt ist, daß die Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums wegfallen soll. Dies ist eine wichtige Weichenstellung in Richtung auf weniger Bürokratie und „weniger Staat“. Zugleich steht die Eigentumsförderung im Vordergrund: Neben Sozialrente, Betriebsrente, Privatsparen und -versicherung soll das eigene Haus vermehrt als vierte Säule der Alters- und Lebensvorsorge treten. Außerdem wird die Familie in Zukunft durch einen Steuerabzugsbetrag von 600 DM je Kind — beginnend schon mit dem ersten Kind — besonders gefördert werden.

Die Regelungen im einzelnen:

① Die heutige § 7 b-Förderung wird verbessert. Die Obergrenze der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für den 5%igen Absetzbetrag wird von bisher 200 000 DM bei einem Einfamilienhaus oder 250 000 DM bei einem Mehrfamilienhaus auf allgemein 300 000 Mark angehoben. Der von vornherein nur vorübergehend gedachte Schuldzinsenabzug von bis zu 10 000 Mark für insgesamt drei Jahre fällt ab 1. Januar 1987 weg. Ebenso

wird es keine 7 b-Förderung für vermietete Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen und Zweifamilienhäuser mehr geben.

② Familien mit Kindern erhalten während der 8jährigen Förderzeit einen Steuerabzug von 600 Mark je Kind und Jahr — im Unterschied zur jetzigen Regelung künftig schon ab dem 1. Kind. Familienpolitisch wirkt sich auch die gleichrangige Förderung des Erwerbs von gebrauchtem Wohnraum günstig aus. Hierdurch wird es vor allem jungen Familien erleichtert, schon früher Eigentum zu erwerben.

③ Die neue Förderung soll für das selbstgenutzte Wohneigentum gelten, das der Eigentümer ab 1. Januar 1987 herstellt oder kauft. Für vor diesem Zeitpunkt angeschafftes oder hergestelltes Wohneigentum, für das heute als Nutzungswert der Mietwert abzüglich aller Kosten anzusetzen ist, gibt es eine Vertrauensschutzregelung. Für „Alt-Fälle“, die sich schlechter stellen würden, wird die Neuregelung erst nach einer Übergangsfrist von bis zu 12 Jahren greifen. Plötzliche Schlechterstellungen für diejenigen, die noch nach altem Recht gebaut oder verkauft haben, sind also ausgeschlossen.

④ In der Bundesrepublik Deutschland leben fast 10 Millionen der etwa 24 Millionen Haushaltsgemeinschaften, rund 42%, in den eigenen vier Wänden. Mit dem Wegfall der Nutzungswertbesteuerung brauchen künftig die Steuerzahler unter ihnen dem Finanzamt keine „Einkünfte“ aus der selbstgenutzten Wohnung mehr zu erklären. Damit entfällt im Falle teilvermieteter Häuser auch der Streit mit dem Finanzamt über die Höhe des Mietwerts der selbstgenutzten Wohnung. Vor allem zahlreiche ältere Mitbürger, die nur deshalb beim Finanzamt geführt werden,

weil sie den Nutzungswert ihres inzwischen entschuldeten Hauses zu versteuern haben, werden mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun haben. Der Rentner, der vielfach erst durch das Zusammenreffen von Nutzungswertbesteuerung und Ertragsanteilsbesteuerung seiner Rente Steuern zahlen muß, wird künftig nicht mehr dafür „bestraft“, daß er sich ein schuldenfreies Häuschen erarbeitet hat. Der Hauptvorteil der geplanten Neuregelung liegt also weniger in der massiven Verbesserung der materiellen Förderung als vielmehr im verwaltungsvereinfachenden und bürgerfreundlichen Wegfall der Nutzungsbesteuerung. Dies gilt für Alt- und Neufälle. Dies ist die beste Form der dauerhaften Förderung des „erlebten Eigentums“. Die Bundesregierung verfolgt damit das Ziel, die Eigentumsquote beim Wohneigentum in der Bundesrepublik Deutschland mittelfristig auf 50 % zu bringen.

5 Die neue Förderung ist wie die bisherige als Abzug von der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer ausgestaltet. Hierdurch werden die Bauherren und Erwerber nach Maßgabe ihres persönlichen Steuersatzes entlastet. Dies hat die beste Anreizwirkung, gerade für aufstrebende Familien. Es ist auch gerechtfertigt, weil persönliches Wohneigentum ebenso wie andere Vorsorgeaufwendungen, zum Beispiel für Versicherungen und Bausparen, zunehmend der privaten Lebens- und Altersvorsorge dient.

6 Der Entwurf trägt auch den Erfordernissen der Denkmalpflege und der Stadterneuerung Rechnung. Für einen großzügig bemessenen Übergangszeitraum bis 1991 können die bestehenden Steuervergünstigungen, nämlich 10 %ige Absetzung der Kosten 10 Jahre lang, bei selbstgenutzten Wohnungen weiterhin in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus stimmt die Bundesregierung der Auf-

fassung zu, daß auch aus umweltpolitischen Gründen den Einbau neuer Heizungs- und Warmwasseranlagen bei Gebäuden steuerlich gefördert werden soll. Dies kommt vor allem den Eigentümern selbstgenutzter Wohnungen zugute. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll diese Steuervergünstigung bereits für alle Anlagen gelten, die nach dem 30. Juni 1985 in Wohnungen eingebaut werden, die mindestens 10 Jahre alt sind.

Ich möchte an alle bauwilligen Bürger appellieren, ihre Bauabsicht nunmehr planmäßig in die Tat umzusetzen. Der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung gilt für Alt- und Neufälle. Wir haben zur Zeit günstige Bau- und Bodenpreise, wir haben niedrige Zinsen.

Wirtschaft erwartet 250 000 neue Arbeitsplätze

Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik wird sich nach Ansicht des Präsidenten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Manfred Lennings, bis Ende 1986 um rund eine viertel Million erhöhen. Wie er auf der Jahrestagung des arbeitgebernahen Instituts in Bonn sagte, basiert diese IW-Hochrechnung auf einer Umfrage unter den 40 wichtigsten Wirtschaftsverbänden der Bundesrepublik.

Unter Berücksichtigung des Beschäftigungsplus von 200 000 in den vergangenen Monaten werde es bis Ende 1986 rund 450 000 Arbeitsplätze mehr geben als Mitte 1984.

Eine aufwärtsgerichtete Beschäftigungsentwicklung zeige sich in 21 Wirtschaftsbereichen oder Industriezweigen, die gegenwärtig rund zehn Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu zählten die beschäftigungsintensiven Bereiche des Einzel- und Großhandels sowie der Maschinenbau, die Elektroindustrie, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Autohersteller, das Kreditgewerbe und die Chemie.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Die neuen Argu-Karten für jede Tasche

**Informativ
und handlich
(so groß wie
Skatkarten).
Damit wir un-
sere Trümpfe
immer parat
haben.**

Mindestabnahme:
300 Stück
(6 × 50 Karten)
Preis pro
Mindestabnahme:
11,50 DM
Bestell-Nr.: 7703



UiD

30/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon
(02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjke.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis**
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WVA-
Druck, Düsseldorf.